

Presseerklärung der Initiativgruppe „40 Jahre Radikalenerlass“, 22.03.2015

## **Radikalenerlass-Betroffene fordern rasche Schritte und verwahren sich gegen „Tunnelblick der höchstpersönlichen Betroffenheit“ von Ministerpräsident Kretschmann**

Mit Unverständnis reagierte die Initiativgruppe „40 Jahre Radikalenerlass“ auf Interviews des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann am 19.03.2015. *„Vor über drei Jahren haben wir in Sachen Aufarbeitung des Radikalenerlasses alle Abgeordneten angeschrieben, der Schriftsteller Jochen Kelter den Ministerpräsidenten schon im August 2011“,* erklärte Klaus Lipps, Sprecher der Initiative. *„Nun hören wir im SWR-Fernsehen, das seien sehr komplexe Fragen, auch wegen des Datenschutzes, und deswegen glaubt Herr Kretschmann nicht, dass wir das in dieser Legislaturperiode noch schaffen“.* Darum fordert Lipps, dass ein Runder Tisch, wie von der Grünen-Fraktion vorgeschlagen, nicht irgendwann, sondern unverzüglich tätig werden sollte. Und die SPD-Fraktion sollte mitmachen. *„In Bremen und Niedersachsen kam man doch trotz Datenschutz auch zur Sache. Der politische Wille muss da sein.“*

Auch das jüngste Kretschmann-Interview in der ZEIT finden die Betroffenen bedenklich *„Wie kommt es, dass ein gebildeter Mensch auf einmal in so einer Sekte landet? Dass man die Welt nur noch durch einen Tunnelblick sehen kann?“*, wird Kretschmann zitiert. Er habe *„zu eng geglaubt“*. Auch wenn der Vergleich hinke, führte er in diesem Zusammenhang *„die Barbaren vom IS“* an: Deren Tun sei *„ohne totale Verblendung im Blick auf die eigene Religion“* gar nicht vorstellbar.

Dazu Lipps: *„Es ist Herrn Kretschmann unbenommen, seine eigenen damaligen Anschauungen und Handlungen heute so zu bewerten. Was er in seiner Studentenzzeit wirklich geglaubt und warum er es vertreten hat, weiß nur er selbst. Doch er argumentiert im Grund nicht anders, als schon 1978 die CDU kurz nach Filbinger im Landtag. Das hätten sie gerne gehabt: Was irgendwelche Sekten vorgeblich vertraten, als Rechtfertigung für flächendeckende Bespitzelung und Berufsverbote gegen Demokraten. Gerne mag Herr Kretschmann sich heute in guter katholischer Tradition zur Bußfertigkeit bekennen. Ganz entschieden verwahren wir uns aber dagegen, wenn er den Tunnelblick seiner höchstpersönlichen Betroffenheit zum Maßstab der politischen Aufarbeitung der Berufsverbote machen will und die der Einschüchterung dienenden und existenzvernichtenden Aktivitäten des ‚Verfassungsschutzes‘ in zahllosen Fällen aus der Kritik nimmt.“* Sehr viel klarer habe zum Beispiel der SPD-Abgeordnete Höntsch in Niedersachsen das Problem benannt: *„Die ausgesprochenen Berufsverbote ..., die Ausspähung und Verfolgung von Menschen, die sich als Linke bezeichnen und sich für mehr Demokratie und gegen den Wiederaufstieg der alten Nazi-Eliten damals engagiert haben, waren und sind ein Unrecht. Wir haben als Politiker heute die Aufgabe, dieses Unrecht beim Namen zu nennen und den Betroffenen zu helfen“.*

*„Das beschreibt, wofür wir eintreten und was heute not tut“,* erklärte Lipps. *„Jedem stand damals frei, ‚großzügige‘ Angebote zum Abschwören wahrzunehmen. Wir verlangen aber die Rehabilitierung derer, die aufrecht geblieben sind und Nachteile auf sich nehmen mussten, bis hin zur Existenzvernichtung.“* Ein Ministerpräsident müsse wissen - egal was er früher als Student darüber gedacht und gesagt habe -, wie die Berufsverbote sich zum Grundgesetz und den Grundrechten, zur Charta der Menschenrechte, zum EU-Recht, zu völkerrechtlich bindenden ILO-Übereinkommen verhielten und verhalten.